

OV 25.05.11 S3

Sorge um deutschen Einfluss im Europäischen Parlament geht um

Bundesverfassungsgericht urteilt über Fünf-Prozent-Hürde zur Europawahl / Mayer (CDU) und Groote (SPD): Zersplitterung droht

Von Giorgio Tzimurtas

Brüssel/Oldenburger Münsterland – Eine große Ungerechtigkeit: So sieht der Staatsrechtler Professor Dr. Hans Herbert von Arnim die Fünf-Prozent-Hürde für deutsche Parteien zur Europawahl. Einer seiner Hauptkritikpunkte: Durch die Klausel würden in einem bevölkerungsreichen Land wie Deutschland sehr viel mehr Stimmen „unter den Tisch fallen“ als in kleinen Staaten.

Außerdem: In vielen EU-Ländern gebe es gar keine solche Prozent-Barriere. Von Arnim betont: Eine deutsche Partei habe bei der Europawahl 2009

mehr Stimmen zum Überwinden der Hürde bekommen müssen, „als Estland, Malta, Slowenien und Zypern zusammen benötigen, um ihre 24 Abgeordneten nach Brüssel zu schicken“. So schreibt es der Gelehrte in seinem Einspruch gegen den letzten Urnengang für die EU-Volksvertretung. Nun beschäftigt sich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dem Thema. Eine erste Anhörung gab es am 3. Mai, das Urteil steht noch aus.

Sollten die obersten deutschen Richter die Fünf-Prozent-Hürde kippen, fürchten deut-

sche EU-Abgeordnete um den Einfluss ihres Landes im Europäischen Parlament. Ihr zentrales Argument: Je mehr kleine Parteien dort einziehen, mit teilweise nur einem Abgeordneten, desto schwieriger wird es, Mehrheiten zu organisieren. „Es droht eine Zersplitterung“, warnt der Vechtaer EU-Abgeordnete Hans-Peter Mayer (CDU). Das Parlament könne seine Kontrollfunktion gegenüber der EU-Kommission und dem EU-Ministerrat, in dem die 27 Regierungen der Mitgliedsländer vertreten sind, nicht mehr effektiv ausüben – vom Gesetzge-



Die EU-Volksvertretung in Straßburg mit ihren 750 Abgeordneten. Manche von ihnen stehen vor dem Einzug ins Europäische Parlament vor einer Fünf-Prozent-Hürde. Dazu zählen die 96 deutschen Abgeordneten.
Foto: dpa

bungsverfahren ganz zu schweigen. Ebenso sieht das Matthias Groote, SPD-Europarlamentarier aus Rhauderfehn. Er verweist zudem auf einen weiteren Aspekt der Funktionsfähigkeit. „Mit 750 Abgeordneten ist das Parlament bereits sehr groß“, stellt er heraus. Bei einer strengen proportionalen Verteilung nach der Bevölkerungszahl pro EU-Staat „wäre das noch größere Parlament nicht mehr arbeitsfähig“. Mayer sieht auch diese Gefahr: Sollte die Fünf-Prozent-Klausel abgeschafft werden, könnten Abgeordnete einziehen, die von Lobby-Gruppen gesponsert sind. „Wir vertreten aber die Bürger“, stellt er heraus.